

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Sopadiens

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. März 1932.

England und Irland.

Int. Insituut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Der Konflikt um den Treueid und die Jahresleistung.

SPD. Mehr als zehn Jahre lang hatte die Welt sich kaum mehr mit den Beziehungen zwischen Grossbritannien und Irland zu befassen gehabt. Der Jahrhundert alte Kampf zwischen den beiden Inseln schien durch den Vertrag von 1921 endgültig beigelegt. Das irische Volk, das durch viele Generationen hindurch grauenhafte Verfolgungen hatte erdulden müssen, schien sich mit dem erzielten Erfolg einer weitgehenden Selbständigkeit zufrieden zu geben. Die Opfer der blutigen Rebellion, die mitten im Weltkrieg gegen England ausgebrochen und die in der ersten Nachkriegszeit in einen regelrechten Bürgerkrieg ausgeartet war, waren nicht vergebens gewesen. Irland erhielt durch den Londoner Vertrag von 1921, der zwischen Lloyd George auf der einen und Cosgrave auf der anderen Seite unterzeichnet worden war, das Statut eines Dominions, ähnlich wie Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland. Nur die nordirische Provinz Ulster, deren Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zu England hielt, wurde von dieser neuen Regelung ausgenommen, im übrigen konnte von nun an die Regierung in Dublin die Insel nahezu völlig selbständig verwalten.

Freilich genügte dieser Erfolg der Sinn-Fein-Partei unter Führung de Valeras nicht. Diese hundertprozentigen Nationalisten und Separatisten nahmen vor allem Anstoss daran, dass der Londoner Vertrag einen Treueid der irischen Regierung gegenüber der britischen Krone vorsah, sowie die Bezahlung von Annuitäten an das britische Schatzamt. De Valera entfesselte einen neuen Bürgerkrieg, diesmal aber nicht mehr gegen die britischen Besatzungstruppen, die das Land inzwischen geräumt hatten, sondern gegen die eigenen Landsleute, die unter Führung von Cosgrave den Londoner Vertrag unterzeichnet hatten und zu achten entschlossen waren. Es zeigte sich aber damals, dass die grosse Mehrheit in Irland bürgerkriegsmüde war und sich mit den weitgehenden Zugeständnissen begnügen wollte, die durch den Londoner Vertrag erreicht worden waren. Alle Wahlen seit 1922 ergaben klare Mehrheiten für die gemässigte Richtung und die Regierung Cosgrave blieb seither ununterbrochen am Ruder. Diese zeigte sich übrigens durchaus bedacht, die Selbständigkeit Irlands nicht nur zu wahren, sondern sogar zu erweitern. Irland kämpfte jahrelang in Genf als selbständiges Völkerbundsmitglied um einen Sitz im Völkerbundsrat und erhielt ihn sogar in der Zeit von 1928/31 zum grossen Missfallen Englands. Irland errichtete selbständige Gesandtschaften in Paris, Washington und Berlin, es erstrebte selbständige Handelsverträge.

Es gelang aber damit Cosgrave noch immer nicht, die unversöhnliche de Valera-Partei zu entwaffnen. Im Gegenteil, die jüngsten Parlamentswahlen hatten das überraschende Ergebnis, dass die bisherige Regierungspartei in die Minderheit versetzt wurde, während die Partei de Valeras unerwartete Erfolge erzielte. Wahrscheinlich ist das auch nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die in allen Ländern die Unzufriedenheit gegen die jeweils regierenden Richtungen masslos gesteigert hat. Zwar erhielt de Valera nicht die absolute Mehrheit

und er ist auf die Unterstützung anderer Oppositionsgruppen, darunter der irischen Arbeiterpartei, angewiesen, aber er bildete ohne Zögern eine reine Sinn-Fein-Regierung, die schon in den ersten Tagen durch eine Reihe von demonstrativen Massnahmen zeigte, dass sie entschlossen ist, einen ganz neuen Kurs zu steuern. Zunächst ordnete sie die Freilassung aller politischen Gefangenen an, auch solcher, die wegen politischen Totschlags oder schwerer Bluttaten zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Der zweite Schritt war die Verweigerung des Treueids gegenüber der britischen Krone und der Bezahlung der im Juni fälligen Jahresleistung von 45 Mill. Mk., die an das britische Schatzamt abzuführen wäre. Damit will de Valera nach aussen hin bekunden, dass seine Partei auch die letzten Bindungen zerreißen will, die Irland an das Britische Imperium ketten. Er fügt zwar hinzu, dass er durchaus für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Irland und England eintrete, aber er werde die Verpflichtung zum Treueid auf keinen Fall anerkennen, weil dieser nur ein mittelalterliches Ueberbleibsel und einen Gewissenszwang bedeute, den die Londoner Regierung im Jahre 1921 nur unter der Drohung der Fortsetzung des Bürgerkrieges erpresst hätte.

Die britische Regierung hat den Fehdehandschuh aufgenommen und scheint entschlossen nicht nachzugeben. Bis weit in die Reihen der Liberalen und sogar der Arbeiterpartei hinein erblickt man in dem Vorgehen des neuen irischen Ministerpräsidenten eine bewusste Provokation und einen klaren Vertragsbruch. England hat zwar gegenwärtig auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft ohnedies schwere Sorgen, aber es fürchtet offenbar den völligen Zerfall des Britischen Reiches, wenn es gegenüber Irland in dieser Frage nachgeben würde.

-----

SPD. Prag, 24. März (Eig. Drahtb.)

Das tschechische Innenministerium hat das Tragen und die Verwendung des Hakenkreuzes als Abzeichen allgemein verboten. Der Verein Jugendverband, der die Tätigkeit des wegen nationalsozialistischer Umtriebe aufgelösten "Volksport" übernahm, wurde behördlich aufgelöst. In der Prager Strafanstalt sitzen bereits 50 verhaftete Nazis. Hakenkreuzlerische Protestversammlungen wurden überall verboten.

-----

SPD. Wenn die konterrevolutionären Putschisten im Namen der Diktatur gegen das demokratische Recht des Volkes ankämpfen, so ist es eine schlechte Parole für die Abwehr: Nieder mit der Demokratie! zu rufen. Das ist es, was heute die Kommunisten tun. Weil sie Diktaturanbeter sind, werden sie zu Bündesgenossen des Faschismus.

Die Gefahr der von Russland importierten grundsätzlichen Diktaturanbetung hat seinerzeit Rosa Luxemburg vorausgesehen. Sie schrieb dagegen:

"Jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel das Trotzki und Lenin gefunden, die Beseitigung der Demokratie, überhaupt noch schlimmer als das Uebel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen."

Diesen lebendigen Quell will der Faschismus verschütten, er will anstelle des politischen Lebens der Massen die Kirchhofsruhe der Diktatur setzen - und die Kommunisten in ihrer Verblendung helfen ihm dabei! Man muss wirklich die Kommunisten vor sich selber retten!

-----

SPD. Braunschweig, 24. März (Eig. Dr.)

Die Braunschweigische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie beschäftigte sich am Donnerstag mit schwebenden Problemen. Sie beschloss u.a., eine Denkschrift über die Vorfälle in Braunschweig an den Reichsinnenminister weiterzuleiten. Weiter richtete sie zwei Anträge an den Landtag.

Der erste Antrag lautet: "Der braunschweigische Minister des Innern forderte am 11. März 1932 den "Volksfreund" auf, als amtliche Entgegnung auf einen am 9. März veröffentlichten Artikel, der Vorwürfe gegen den nationalsozialistischen Hauptmann a. D. Röhm enthielt, eine Erklärung des Rechtsanwalts Luetzger zu bringen. Dieser Befehl widerspricht Wortlaut und Sinn der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Verhütung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931. Wir beantragen daher: Der Landtag missbilligt das Vorgehen des braunschweigischen Ministers des Innern und fordert für die Zukunft strenge Beachtung der gesetzlichen Vorschriften."

Ein zweiter Antrag beschäftigte sich mit der Klage des Ministers Klagges gegen das Reich vor dem Staatsgerichtshof, wegen Verkürzung bzw. Abschaffung des Osterfriedens. Der Antrag lautet: "Das Staatsministerium hat beim Staatsgerichtshof für das deutsche Reich Verwaltungsklage erhoben und beantragt, die Verordnung zum Schutze des inneren Friedens vom 17. März (Sicherung des Osterfriedens) aufzuheben, bzw. deren Gültigkeit auf die Dauer vom 20. bis 28. März 1932 zu beschränken. Wir beantragen: Der Landtag missbilligt die Klage des Staatsministeriums beim Staatsgerichtshof gegen den Osterfrieden und ersucht das Staatsministerium, die Klage sofort zurückzunehmen."

-----

SPD. Der SA-Führer Manthey, der Führer der sogenannten Standarte 149 in Schneidemühl veröffentlicht in seinem Nazi-Blatt einen "offenen Brief" an den Preussischen Minister des Innern, in dem er sich mit der schwer belastenden Veröffentlichung des Ministers gegen die NSDAP vom 14. d. M. beschäftigt. Manthey hat die Kühnheit, den in Frage stehenden Befehl zu bestreiten, in dem Aufmarsch und Mobilmachungspläne, Pläne für Transport- und Verpflegungs-Organisationen, Anweisung zur Verhaftung von Gemeindevorstehern und Landjägerposten und zur Beschlagnahme von Waffen der Landesverteidigung enthalten sind. Amtlich wird dazu mitgeteilt:

"Was von dem Dementi des Herrn Manthey zu halten ist, ergibt sich daraus, dass sich nicht nur die notwendigen Unterlagen im Besitz der Behörden befinden sondern auch der Berliner nationalsozialistische "Angriff" in seiner Nr. 57 vom 18. März d. J. die Echtheit jenes Befehls nicht bestritten, sondern nur seinen Wert herabzusetzen versucht hat. In der Erklärung des Herrn Manthey ist jedoch folgender Satz von Interesse: "Wenn auch nur ein Bruchteil erwiesen wäre von dem, was mir an Ungesetzlichem vorgeworfen wurde, Herr Minister, würde ich mich dann noch auf freiem Fusse befinden?" Herr Manthey würde sich höchstwahrscheinlich nicht so sicher fühlen, wenn er der Verfasser des sogenannten Schneidemühler Befehls wäre. Tatsächlich ist jedoch jener Befehl nicht eine Arbeit der Standarte 149, sondern ein der Standarte übermittelter Befehl. Die Kühnheit des Herrn Manthey, der seine Verhaftung sozusagen selbst anbietet, ist demnach nicht so hoch zu bewerten, wie es scheinen könnte, da ihm der wahre Sachverhalt gewiss bekannt ist."

-----

SPD. Karlsruhe, 24. März (Eig. Drahtb.)

Das Badische Staatsministerium hat eine zweite Haushaltsnotverordnung erlassen, die besagt, dass verheiratete weibliche Beamte, die für den Fall einer Zuruhesetzung einen Rechtsanspruch auf Ruhegehalt haben und auf ihren Antrag aus dem Staatsdienst entlassen werden, eine Abfindungssumme in Höhe

eines Jahresverdienstes unter Zugrundelegung der am letzten Tage des Dienstes zustehenden Bezüge. Das gleiche gilt für die unverheirateten weiblichen Beamten, die vor ihrem freiwilligen Ausscheiden aus dem Staatsdienst einen Antrag auf Abfindung stellen und sich spätestens 3 Monate nach ihrer Entlassung verheiraten.

-----

SPD. Ein Gastwirt aus der Nähe von Dresden rief zwei Polizeibeamten zu: "Scheiss auf die Notverordnung, scheiss auf Brüning, haut den Hund tot. Spuckt dem Hund in die Presse."

Was kostet das in der Republik? Das hat genau 100 Mark gekostet. Nach dem Tarif des Dresdener Gemeinsamen Schöffengerichts!

-----

SPD. Paris, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Donnerstag nachmittag mit der Beratung des Budgets für das Finanzjahr 1932 begonnen. Die Finanzkommission des Senats hat an dem von der Kammer verabschiedeten Entwurf durchgreifende Änderungen vorgenommen. Sie hat zahlreiche Ausgabenposten gestrichen oder herabgesetzt, andererseits verschiedene Einnahmen mit Rücksicht auf die Krise vorsichtiger berechnet, sodass auf dem Papier schliesslich ein Ueberschuss von nur 3 Millionen Franken geblieben ist. Bei den Ausgaben ist u. a. der 650-Millionen-Kredit für ein neues Linienschiff von 26 500 Tonnen vorläufig zurückgestellt worden. Dieser Kredit, der von der Kammer debattelos angenommen worden war, dürfte auf Wunsch der Regierung im Plenum von neuem beantragt werden.

Die Debatte wurde durch eine Rede des Generalberichterstatters Gardey eingeleitet, der einen Ueberblick über die ernste Finanzlage Frankreichs gab. Er erklärte, dass das am 31. März zu Ende gehende Finanzjahr wahrscheinlich mit einem Defizit von 3 Milliarden Franken abschliessen werde. Wenn man die als Einnahme verbuchten, aber in Wirklichkeit nicht inkassierten Reparationszahlungen hinzurechnet, werde das Defizit auf etwa 4½ Milliarden Franken steigen. Ein ähnliches Defizit sei trotz zahlreicher aussergewöhnlicher Einnahmequellen für das neue Finanzjahr zu erwarten. Diesem Zustand könne nur durch rigorose Sparmassnahmen abgeholfen werden, da eine Erhöhung der Steuern nicht mehr in Frage kommt. Finanzminister Flandin versuchte die pessimistische Schilderung der Finanzlage durch den Berichterstatter abzuschwächen. Die Generaldebatte wurde dann geschlossen und mit der Beratung der Einzelbudgets begonnen.

-----

SPD. Der braunschweigische Innenminister, der sich am Mittwoch dem Reichsinnenministerium gegenüber bereit erklärte, die für Sonntag geplante öffentliche Kundgebung der Hitler-Jugend abzublasen, hat sich die Sache in der Nacht zum Donnerstag anders überlegt. Aber nicht aus eigenem Triebe sondern auf Anweisung seiner Kumpane.

Am Donnerstag beteuerte Klagges gegenüber dem Reichsinnenministerium wieder einmal, dass er durchaus legal sei und der Auslegung der Burgfrieden-Verordnung des Reichspräsidenten durch die Berliner Instanzen entsprechen werde. In gleichem Sinne gab er eine für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung ab. Am Donnerstag-Vormittag hat Nazi-Klagges dem Reichsinnenministerium im Gegensatz zu seinen Versicherungen vom Tage zuvor mitgeteilt, daß er die Versammlung der Hitler-Jugend, an der 4500 Personen teilnehmen sollen, als "geschlossene" Veranstaltung durchführen wolle. Der braunschweigische Polizeipräsident übernehme die Gewähr, dass die Versammlung tatsächlich geschlossenen Charakter trage. Teilnehmer an ihr sollten die braunschweigischen Mitglieder der Hitler-Jugend

und die Mitglieder der NSDAP in Braunschweig-Stadt nebst ihren Familienangehörigen sein.

Das Reichsinnenministerium hat auf die Mitteilung des Herrn Klagges telegraphisch erwidert, dass die Versammlung in der neuerdings von ihm beabsichtigten Form ebenfalls der Burgfrieden-Verordnung des Reichspräsidenten widerspreche, die Veranstaltung hinsichtlich ihrer Teilnehmerzahl und ihrer Ankündigung nicht geschlossenen Charakter trage und deshalb untersagt werden müsse. Gleichzeitig wurde Klagges schnellstens um telegraphische Rückantwort über seine Massnahmen ersucht. Alles weitere hat man ihm über die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin klar machen lassen. Trotzdem liess die offizielle Antwort des Herrn Klagges am Donnerstag-Abend um 9 Uhr noch auf sich warten. In der Zwischenzeit liess der braunschweigische Polizeipräsident mitteilen, dass die Veranstaltung der Hitler-Jugend von reichswegen verboten sei eine Verlautbarung, die nach dem ganzen Lauf der Dinge dem wirklichen Tatbestand nicht entspricht. Das Reich hat die Kundgebung nicht ausdrücklich verboten. Es hat gegenüber dem braunschweigischen Nazi-Minister lediglich immer wieder und mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass die Kundgebung der Hitler-Jugend in der geplanten Form mit der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht in Einklang zu bringen ist.

Aber wie dem auch sei: Nach der Meldung der braunschweigischen Polizei hat Klagges klein beigegeben. Im andern Falle würde ihm von "reichswegen" bis spätestens Sonnabend-Abend das Erforderliche eröffnet worden sein.

-----  
SPD. Dresden, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die 59. Generalversammlung der Dresdener Bank, die hier am Donnerstag stattfand, genehmigte die Transaktion mit der Darmstädter Bank einstimmig. In den Aufsichtsrat wurde u. a. Ministerialdirektor a. D. Dr. Bachem von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewählt.

-----  
SPD. Der Hamburgische Senat hat die Neuwahl der Bürgerschaft auf den 24. April festgesetzt.

-----  
SPD. London, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die englische Note an Irland zur Beantwortung der Erklärung, dass Irland den Treueid nicht als Teil des Vertrages mit England ansehe, wurde am Donnerstag in Dublin überreicht. Die Note bezieht sich, wie aus Dublin gemeldet wird, nicht nur auf die Frage des Eides. Die englische Regierung stellt in ihr auch ihren Standpunkt hinsichtlich der Landannuitäten fest, obwohl Irland in dieser Beziehung noch keine offiziellen Schritte in London unternommen hat.

Was bisher vorgeht, dürfte im wesentlichen ein Manövrieren um die günstigste Position zu Verhandlungen sein. So scharf auch von einem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung Englands der einseitige Schritt Irlands abgelehnt wird, so findet sich doch selbst in der konservativen Presse keinerlei Drohungen mit Gewaltmassnahmen gegen Irland. Immerhin ist man sich dessen bewusst, dass Irlands starke wirtschaftliche Abhängigkeit von England der englischen Regierung eine wirksame Waffe in die Hand gibt. Wenn Irland aus dem britischen Verbände austreten würde, so etwa argumentiert die "Times", so müsse das von England mit einem formellen Protest und ohne bittere Worte hingenommen werden. Selbstverständlich gehe Irland dann der zahlreichen Bevor-

zugungen verlustig, die sein Handel mit England und die seine zahlreichen in England lebenden Staatsangehörigen geniessen. Aber selbst diese Repressalien gegen Irland wären nur ein letzter Ausweg. Vielmehr ist anzunehmen, dass England durch seine Note den Weg zu Verhandlungen nicht versperrt hat.

-----

SIF. Braunschweig, 24. März (Eig. Drahtb.)  
Nazi-Minister Klagges hat am Donnerstag die im Jahre 1926 von der deutschen nationalen volksparteilichen Regierung begründeten Sammelschulen (weltliche Schulen) mit einem Federstrich aufgehoben. Er hat folgende Verfügung erlassen

"Mit Ablauf des Schuljahres 1931 wird in Braunschweig, Wolfenbüttel und Schöningen die Errichtung von Sammelklassen sowie die Neuaufnahme von Schülern in Sammelklassen eingestellt. Die Ein- und Umschulung der für das Schuljahr 1932 in Sammelklassen angemeldeten Kinder erfolgt in die Bürgerschule, in deren Bezirk das einzelne Kind wohnt. Die verbleibenden Sammelklassen werden mit der Massgabe weitergeführt, dass mit Schluss jedes Schuljahres die Klassen des jeweils jüngsten Jahrganges fortfallen."

Auf Grund dieses Erlasses werden sämtliche dissidentischen Lehrer, die bisher an weltlichen Schulen unterrichteten, allmählich an christliche Schulen versetzt. Klagges wird dann voraussichtlich einen Erlass herausgeben, nach dem an christlichen Schulen nur christliche Lehrer geduldet werden können. Auf diese Weise beabsichtigt er auch die letzten freiheitlich gesinnten Lehrer aus den braunschweigischen Schulen zu entfernen.

-----

SPD. Leipzig, 24. März (Eig. Drahtb.)  
Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich, der sich am Donnerstag mit dem Antrag der Nationalsozialistischen Partei auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Preussische Staatsregierung wegen der Polizeiaktion gegen die NSDAP befasste, beendete seine Verhandlungen ohne Entscheidung zur Sache. Diesen Abschluss begründete Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke mit Vergleichsverhandlungen zwischen den Parteien.

Die Verhandlungen begannen mit einer Erklärung des Präsidenten Bumke, der feststellte, dass in der Donnerstag-Sitzung nur über die einstweilige Verfügung verhandelt werde, nicht aber über den Hauptantrag der Nationalsozialisten. Dieser fordert, dass der Staatsgerichtshof die Polizeiaktion vom 17. März und das Verbot der Zugehörigkeit preussischer Beamter zur Nationalsozialistischen Partei als verfassungswidrig erklären und mit rückwirkender Kraft aufheben soll. Dann wurde stundenlang die Frage erörtert, ob der Staatsgerichtshof überhaupt für den Erlass einer einstweiligen Verfügung zuständig sei. Das wurde von Ministerialdirektor Dr. Badt als Vertreter der preussischen Regierung entschieden bestritten. Badt wies u. a. darauf hin, dass die Sichtung des beschlagnahmten Materials noch nicht beendet sei und kündigte zugleich gegenüber den Antragstellern überraschende Enthüllungen an. Die Preussische Regierung sei der Auffassung, dass bei dem beschlagnahmten Material nur ganz wenig Wahlmaterial enthalten sei. Lediglich in zwei Fällen seien Kartotheken beschlagnahmt worden, die inzwischen wieder zurückgegeben worden seien.

Im Verlauf der weiteren Verhandlungen ersuchte der Reichsgerichtspräsident den preussischen Regierungsvertreter wiederholt um die Bekanntgabe des überraschenden Materials. Schliesslich erklärte Dr. Badt, man habe dem Reichswehrminister Dr. Groener in der Öffentlichkeit den Vorwurf gemacht, dass er der gesamten preussischen Polizeiaktion sehr skeptisch gegenüberstehe. Der Anlass zu dieser Aktion sei aber ein Schreiben Dr. Groeners vom 8. März an die Preussische Regierung, aus dem hervorgehe, dass auch Groener beunruhigende Nachrichten über Vorbereitungen der Nationalsozialisten für

den 13. März besass und die Preussische Regierung zum Einschreiten geradezu aufgefordert habe. In dem Schreiben erklärte Dr. Groener, er habe von einer Persönlichkeit, die über die Verhältnisse in der NSDAP gut unterrichtet sei, Nachrichten über besorgniserregende Vorgänge erhalten. Mit fieberhafter Eile sei für die Ausrüstung der SA-Mannschaften gesorgt und an wichtigen Stellen, so auch in Berlin, seien diejenigen Führer der SA-Abteilungen, die keine Offiziere seien, durch Offiziere ersetzt worden. Alles das lasse auf einen bevorstehenden Handstreich schliessen. Frick, Goebbels und Strasser hätten die Absicht, für den Fall, dass die Präsidentschafts-Kandidatur Hitlers nicht zum Erfolge führe, zum gewaltsamen Umsturz zu schreiten. Am Ende des Briefes heisse es wörtlich: "Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis mit der Bitte, das Notwendige zu veranlassen".

Der Nazi-Rechtsanwalt Dr. Frank II nahm die Erklärungen des preussischen Regierungsvertreters mit der Bemerkung zur Kenntnis: "Das ist doch lächerlich! Dieser Zuruf wurde von dem Vorsitzenden mit äusserster Schärfe zurückgewiesen. Anschliessend erklärte der preussische Regierungsvertreter, der Minister habe sich für berechtigt gehalten, auf Grund des § 14 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes Massnahmen zu ergreifen. Die Einzelheiten hätten vor dem Staatsgerichtshof vorgetragen werden müssen, um festzustellen, dass nicht alles Material, das mit diesen Massnahmen in Zusammenhang stehe, herausgegeben werden könne.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke erklärte für wünschenswert, den Staatsgerichtshof von der Notwendigkeit zu befreien, in die Prüfung der ganzen Angelegenheit einzutreten. Es müsste für Preussen möglich sein, gewisse Wünsche der klagenden Partei zu befriedigen und zu zeigen, dass die preussische Regierung ein Interesse daran habe, den Verdacht zu zerstören, als ob sie die klagende Partei in ihrer Wahlfreiheit habe behindern wollen. Hätte man sich erst prinzipiell darüber geeinigt, was die preussische Regierung von dem beschlagnahmten Material herausgeben wolle, so wäre man schon etwas weitergekommen.

Rechtsanwalt Dr. Frank II sagte, die NSDAP erstrebe lediglich die Freigabe des Materials für den Wahlkampf. Er sei unter diesem Gesichtspunkt zu einer Einigung bereit. Der Vertreter Preussens, Dr. Badt, antwortete: Das Material, das sich auf die Vorbereitung des Bürgerkrieges beziehe, sei dem Oberreichsanwalt übergeben worden und könne daher nicht zurückgegeben werden. Ebensovienig könne Material zurückgegeben werden, das sich auf Beamte beziehe. Das übrige Material könne herausgegeben werden. Ueberhaupt habe die preussische Regierung das grösste Interesse daran, dass die Nationalsozialistische Partei in der Wahlpropaganda nicht beschränkt werde.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden und auf Wunsch des Nazi-Anwalts wird dann die Verhandlung bis 4½ Uhr nachmittags unterbrochen. Die Nachmittags-Sitzung leitete Reichsgerichtspräsident Bumke mit folgender Erklärung ein: "Rechtsanwalt Frank II hat in der Vormittags-Sitzung eine Äusserung getan, die dahin gedeutet werden könnte, als wollte er dem Preussischen Minister des Innern den Vorwurf einer Täuschung der Öffentlichkeit machen. Die Erörterungen über diesen Punkt haben ergeben, dass Rechtsanwalt Frank dieser Gedanke fernegelegen hat. Damit darf ich diese Sache als erledigt betrachten. Im Übrigen habe ich mich auf Grund der Erklärungen, die im Verlauf der Verhandlungen erfolgt sind, entschlossen, zu versuchen, den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen. Ueber den Inhalt dieses Vergleichsvorschlages und über die Aussichten des Zustandekommens vermag ich im Augenblick nichts zu sagen. Ich kann aber feststellen, dass ich mit beiden Streit-Teilen dahin einig bin, dass es sich mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen nicht empfiehlt, in dem jetzigen Streitverfahren wegen Erlass einer einstweiligen Verfügung fortzufahren."

Die Sitzung wurde daraufhin geschlossen.

SPD. Prag, 24. März (Eig. Drahtb.)

Im nordwestböhmisches Kohlenrevier ist wegen Massenkundgebungen ein Streik ausgebrochen. Am Donnerstag zogen demonstrierende Bergarbeiter mit Frauen und Kindern durch die Strassen von Brück und erzwangen die Arbeitseinstellung in zwei staatlichen und mehreren privaten Kohlenschächten. Bisher wird in 12 Schächten gestreikt.

-----

SPD. London, 24. März (Eig. Drahtb.)

In Londoner diplomatischen Kreisen finden zurzeit Besprechungen statt über eine von Frankreich ausgehende Anregung zu einer Konferenz der vier Mächte England, Frankreich, Italien und Deutschland, die das französische Donauprojekt behandeln soll. Es soll versucht werden, eine Verständigung der vier Grossmächte über die Haltung zu erzielen, die gegenüber der wirtschaftlichen Föderation der Donaustaaten eingenommen werden soll. Die Konferenz wird wahrscheinlich in der zweiten Woche nach Ostern stattfinden. Als Konferenzort kommt London in Betracht. England soll auf der Konferenz eine Art Vermittlerrolle spielen.

-----

SPD. In einer Verordnung der Preussischen Regierung wird bestimmt, dass der Wahlquotient für die Landtagswahl 50 000 beträgt. Es entfällt also auf je 50 000 Stimmen, die eine Partei auf ihre Listen vereinigt, ein Abgeordneter

-----

SPD. Paris, 24. März (Eig. Drahtb.)

Das Finanzkomitee des Völkerbundes, das seit Ende Februar in Paris tagte, hat am Donnerstag seine Arbeiten abgeschlossen. Ueber die vertraulichen Beratungen wurde ein Kommuniqué ausgegeben, nachdem von dem Komitee ein Bericht angenommen wurde, der sich mit der schwierigen Finanzlage verschiedener Staaten Mitteleuropas und des Balkans beschäftigt und der im April den Völkerbundsrat beschäftigen soll. Nach dem "Journal des Debats" empfiehlt das Komitee in dem Bericht die Ausgabe einer internationalen Anleihe zugunsten Österreichs und Ungarns unter gewissen Bedingungen, die sich an die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung der beiden Länder und die Abänderung der Zollltarife der wichtigsten Importländer für österreichische und ungarische Waren beziehen. Ausserdem dürfe Österreich kein Zahlungsmoratorium für die Zinsen seiner Auslandsschuld erlassen. Auch für Griechenland habe der Ausschuss eine finanzielle Unterstützung empfohlen.

-----

SPD. Auch in Braunschweig wachsen die Bäume der Nazis nicht in den Himmel. Nazi-Klagges hat dem Reichsministerium des Innern am Donnerstag-Abend um 21 $\frac{1}{2}$  Uhr telegraphisch mitgeteilt, dass er die für Sonntag in Braunschweig geplante Kundgebung der Hitler-Jugend verboten hat. Im Gegensatz dazu hat der Braunschweigische Polizeipräsident auf Veranlassung des Herrn Klagges in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Nachricht verlautbaren lassen, dass die Kundgebung vom Reich verboten sei.

Der zwischen dem Reich und Braunschweig drohende Konflikt findet also seine Erledigung mit zwei Verlautbarungen. Davon ist die eine für den internen Gebrauch bestimmt, die andere für die Öffentlichkeit. In der einen gibt



Klagges zu, dass er die Nazi-Kundgebung verboten, in der anderen wird versucht, die Schuld für dieses Verbot des Herrn Klagges auf das Reich abzuwälzen. In der einen gibt sich Klagges legal und friedlich, in der anderen spielt er den vergewaltigten Helden. Echt Nazi: Sie können in jeder Beziehung so und so!

-----

SPD. Stuttgart, 24.März (Eig.Drahtb.)

Der frühere Sturmführer der SA, Schwarz-Stuttgart, wurde wegen Beleidigung des schwerkriegsbeschädigten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Schumacher zu 250.- Mark Geldstrafe verurteilt. Schwarz und andere Nationalsozialisten, die ebenfalls vor Gericht standen und bestraft wurden, hatten dem Abgeordneten Schumacher, der im Kriege seinen rechten Arm verloren hat, nachgesagt, dass er sich selbst verstümmelt habe.

Das Gericht beschloss, dass das Urteil nebst seinen Gründen auf Kosten des Verleumders u.a. auch in dem Stuttgarter Naziblatt zu veröffentlichen sei. Schwarz leistete jedoch den Offenbarungseid, worauf das Naziblatt, das über die Gerichtsverhandlung mit keiner Zeile berichtet hat, die von dem Gericht ausgesprochene Veröffentlichung des Urteils ablehnte, es sei denn, dass der Anwalt des Abgeordneten Schumacher im voraus die Kosten der Anzeige im Anzeigenteil entrichtet. Das ist der Höhepunkt an Unverschämtheit. Sie entspricht durchaus der "Ritterlichkeit", wie wir sie seit Jahren von der Hitler-Partei gegenüber Andersdenkenden gewohnt sind.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Seine Legalität.

SPD. Adolf Hitler schwört täglich sechs Eide auf seine Legalität, wenn es von ihm verlangt wird. Selbstverständlich so wie er sie auffasst. Seine Vergangenheit spricht ja auch durchaus für seine Legalität! Sein Verhalten während des Novemberputsches von 1923 steht in der Öffentlichkeit so im Vordergrund, dass seine anderen Heldentaten davor zurückgetreten sind.

Der Mobilmachungsbefehl für die SA-Leute in der Wahlnacht entspricht genau jener Mobilmachung, die Hitler am 1. Mai 1923 auf Oberwiesenfeld bei München vorgenommen hat. Damals stand er mit seinen SA-Leuten schwer bewaffnet und aktionsbereit da, er verpasste nur den Moment des Absprunghes. Auf diese Putschgeneralprobe folgte dann der wirkliche Putsch vom November.

Hitler desavouiert angeblich seine Parteigenossen, soweit sie Gewalttaten begehen. Das hat er früher in genau derselben Form auch schon unternommen. Als es im Dezember 1922 zu schweren Gewalttätigkeiten, Ueberfällen und Versammlungssprengungen in München kam, erklärte Hitler im "Völkischen Beobachter":

"Wenn man auch solche Handlungen ablehnen muss, so kann man diese aus Verzweiflung über die Not des Vaterlandes geborenen Exzesse doch verstehen."

Dabei hatte Hitler im Oktober 1922 gemeinsam mit seinen Leuten blutige Ausschreitungen in Coburg begangen, an denen er sich in eigener Person beteiligt hatte. Im September 1921 ist Hitler wegen der brutalen Sprengung einer Versammlung des Bayernbundes zusammen mit Esser regelrecht vor Gericht verurteilt worden.

Das Sündenregister Hitlers ist hinreichend gross, um alle seine Legalität betuerungen als aufgelegten Schwindel erkennen zu lassen. All die Versicherungen, die er jetzt abgibt, hat man im gleichen Wortlaut längst schon gehört und man hat erlebt, dass diese Versicherungen prompt gebrochen worden sind, ebenso wie die verschiedenen Ehrenwörter, die nationalsozialistische Führer abgegeben haben. Wer heute noch, nach diesen Erfahrungen, auf die Lügen dieser Leute etwas gibt, der will sich belügen lassen!

## Der legale Hauptberater.

Der Hauptmann a.D. Göring, nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ist der politische Beauftragte Hitlers in Berlin. Das heisst, er führt nicht Aufträge Hitlers aus, sondern er beauftragt Hitler mit der politischen Haltung, die er selbst jeweils für gut hält. Dieser Mann rühmt sich zum mindesten gesellschaftlicher Beziehungen zur Reichswehr. Selbstverständlich ist er legal bis auf die Knochen. Im Jahre 1923 war er der Kommandeur der Hitlerschen Sturmarmee. Als solcher erliess er am 23. Oktober 1923 einen Armeebefehl an die Hitlersche Sturmarmee, in dem es hiess:

"Die Führer haben in ihren Bezirken Aufrufe zur Uebernahme der Macht sofort vorzubereiten. Es muss mit dem schärfsten Terror vorgegangen werden. Es ist notwendig, dass die Führer sich jetzt schon die Persönlichkeiten heraussuchen, deren Beseitigung notwendig ist."

Dieser sehr legale Göring ist einer der gemeinsten Hetzer, die die NSDAP besitzt. Er denkt heute noch genau so viehisch brutal wie in seinem Armeebefehl vom Oktober 1923. Aber selbstverständlich schwört er auf die Legalität

## Görings Nachfolger!

-----

Der Generalstabschef der Braunen Armee des Herrn Hitler ist der Hauptmann a.D. Ernst Röhm. Der ist selbstverständlich am allerlegalsten von allen. Er hat zwar ein Buch geschrieben "Mein Leben als Hochverräter", in dem er sich rühmte, dass er in der Republik immer Hochverräter war und immer bleiben werde, aber das hindert ihn nicht, wie die andern auch seine Legalität zu beschwören.

Als Röhm im Hitler-Prozess nach dem Putsch von 1923 vor Gericht vernommen wurde, sagte er aus :

"Die Entbindung vom Fahneid, die damals den Offizieren mitgeteilt wurde hat mich durchaus nicht befriedigt, sondern sehr entmutigt. Ich habe sie niemals als gegeben anerkannt. Ich halte mich auch jetzt noch an den Eid dem jetzigen König gegenüber gebunden."

Da haben wir zwei Eide, die einander ausschliessen. Man kann nicht zugleich den Eid auf den König anerkennen und zugleich die Legalität in der Republik beschwören. Aber Herr Röhm schwört. Er schwört nach dem Vorbild seines Führers Hitler!

## Das kochende Gehirn.

-----

Der Herausgeber der in München erscheinenden Wochenzeitung "Der gerade Weg" erhielt den folgenden Drohbrief zugesandt :

"An Sie! Wie ich schon beobachtet habe, haben auch Sie immer unseren Führer Adolf Hitler in seinem unbeschreiblichen Siegeszug durch die Welt gehemmt und kein gutes Haar an ihm gelassen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das Dritte Reich jetzt erscheint, und alles, was unsern Führer Adolf Hitler gehemmt hat, zur Rechenschaft gezogen wird, und auch Sie. Es wird das Beste sein, was ich Ihnen rate, dass Sie sich aus dem Staub machen, denn es naht die Stunde der Erlösung der Knechtschaft. Denn Sie müssen damit rechnen, dass Sie im Dritten Reich auch aufgehängt werden, wieso manches Blatt, das unsern Führer Adolf Hitler in Mitleidenschaft gezogen hat. Das gleiche Blatt wie Sie, der sich "Simplizissimus" nennt, weiss es bereits und wurde benachrichtigt. Ich würde mich schämen, wenn ich einen Menschen wie unseren Führer, der nur das Beste vom Volke will, immer im Morast herumziehen würde, und mich als eine Dreckschleuder erkennen würde. Jetzt naht die Zeit, wo es heisst: Was habt Ihr getan, weil dann alles ausgerottet wird, was schuldig ist an unserer Knechtschaft. Ohne Gnade und Pardon werden unsere stampfenden Bataillone der SA-Männer mit festgebundenem Sturmriemen hervorgehen, um alles zu zermalmen, was sich daran beteiligt hat. Nichts widersteht ihnen, weil das kochende Blut unserer Rasse der Ansporn ist zu Taten, die das Herz erfüllt. Mit mutiger Tatkraft werden sie mit heisser Seele das Ziel vollstrecken, vollunerschütterlichkeit, weil es heisst: Bis hierher und nicht weiter. Ungeheuerlich wird sich das Fürchterliche vollziehen, das uns seit Jahren vorschwebt, denn jeder weiss, dass die Rache dem System gilt, das uns hindert an diesem grossen Erlebnis, das uns gefangen hält und uns zwingt, zu kämpfen oder zu sterben für unsern grossen Führer Adolf Hitler. Ein Hitlerjunge."

Da scheint uns nicht das Blut der Rasse zu kochen, sondern vielmehr das Gehirn! Aber bitte, man rege sich nicht auf über das Deutsch und über den Stil dieses Hitlerjungen. Dafür kann er nichts, denn dieser ganze Brief könnte die Wiedergabe einer stenographischen Aufnahme einer Rede von Hitler selbst sein. Bei ihm kocht das Gehirn genau so wie bei den Jungen, die er verdirbt.

-----

# aus aller Welt

## Die Kartoffelpolizei.

### Das Verbrecheralbum des Küchenzettels.

SPD. Verbrecheralbum der Kartoffel? So etwas gibt es? Man schüttelt ungläubig den Kopf. Sollte diese volkstümliche Erdfrucht, die neben dem Brot den grössten Raum in unserm Küchenzettel einnimmt, wirklich so gefährliche Eigenschaften haben? Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem ist die amtliche Stelle, die uns darüber Auskunft geben kann.

Jede neue Kartoffelsorte, die der Züchter auf den Markt bringen will, wird hier erst einer hochnotpeinlichen Untersuchung unterzogen, ehe sie zu Anbauzwecken als Saatkartoffel verwendet werden darf. Früher, so sagen die Herren von der Registerkommission, herrschte ein heilloses Durcheinander auf dem Saatenmarkt. Es gab Kartoffelsorten wie Sand am Meere. Im Jahre 1918 beispielsweise zählte eine amtliche Sortenliste über 1200 Sorten auf. Heute gibt es dagegen nur noch etwa 200. Die übrigen wurden an Hand des Sortenregisters, das genaue Beschreibungen und Abbildungen aller echten Sorten enthält, als Hochstapler entlarvt. Es waren nämlich alte Bekannte, denen man nur einen neuen Namen gegeben hatte.

Für den Unkundigen ist eine Kartoffel der andern gleich. Der Fachmann jedoch hat seine Lieblingsorten und er weiss auch, dass die eine oder andere Sorte höher bezahlt werden muss als die übrigen. Sage mir, welche Kartoffel du verzehrst und ich sage dir, woher du bist! Im Westen Deutschlands bevorzugt man die gelbfleischigen, festkochenden stärkeärmeren Kartoffeln; der Osten schätzt die weisse, mehligere kochende. Jeder Landstrich hat seine Spezialität, und ein Verwechseln oder Vermischen der verschiedenen Sorten führt zu Streitigkeiten zwischen Käufern und Verkäufern, die oft nur durch eine genaue Untersuchung hier in der Reichsanstalt entschieden werden können.

Daneben aber führt die Reichsanstalt einen erbitterten Kampf gegen die Kartoffelschädlinge. Kartoffelkrebs und Schorf sind die Feinde, deren Ausbreitung man mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Vor etwa 15 Jahren beobachteten Arbeiter im Rheinland und in Westfalen, die in ihren Kleingärten Kartoffeln für ihre Familien anbauten, zum erstenmal mehr oder weniger gross, korallenförmige Wucherungen an den reifen Früchten. Eine geheimnisvolle Pilzkrankheit, der Kartoffelkrebs, vernichtete den grössten Teil ihrer Ernten. Später breitete sich diese Pflanzenkrankheit in ganz Deutschland aus. Vor allem aber in Industriegegenden und in der Nähe von Grosstädten. Aus Thüringen, Sachsen und Schlesien wurde das Auftreten von Kartoffelkrebs gemeldet. Zumeist waren es Gartenkolonien, die er versuchte; auch landwirtschaftliche Kleinbetriebe hatten empfindliche Ernteverluste zu verzeichnen. Als Erreger des Krebses wurde ein Pilz entdeckt, der im Boden steckt und dem wie allen Parasiten ein ausserordentliches zähes Leben innewohnt. Auf Versuchsfeldern, auf denen man mit dem Kartoffelbau aussetzte, fand man noch nach zehn Jahren infektionstüchtige Keime vor. Und alle Versuche durch chemische Mittel eine Entseuchung der Felder herbeizuführen, misslangen. Als einziges Mittel erwies sich der Anbau von krebsfesten Kartoffelsorten, denn es hatte sich herausgestellt, dass der Krebs nicht alle Sorten befiel. In Anbetracht dessen, dass die Ernteverluste durch Kartoffelkrebs in der Volkswirtschaft eine grosse Rolle spielen, ist es deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsanstalt, die krebsfesten Sorten zu ermitteln. Durch Laboratorienversuche und mehrjährige Feldversuche, die in verschiedenen Gegenden vom Deutschen Pflanzenschutz durchgeführt wurden,

konnte die Biologische Reichsanstalt eine Liste von Kartoffelsorten herausgeben die sich zum Anbau auf krebsverseuchten Gebiet eignen. In den Archiven der Anstalt liegen Hunderte von farbigen Tafeln, die zusammen mit einer genauen Beschreibung, mit Beobachtungen über Krebsfestigkeit oder -anfälligkeit, das Verbrecheralbum der Kartoffel darstellt. Und was in der Kriminalistik der Damenabdruck ist, das ist in der Kartoffelwelt die Snell'sche Lichtkeimprüfung, mit deren Hilfe man jede Sorte einwandfrei bestimmen kann. Sie ist das wichtigste Hilfsmittel im Dienste der Sortenpolizei. Welche grosse volkswirtschaftliche Bedeutung aber die Züchtung krebsfester Sorten hat, geht schon daraus hervor dass fast alle Länder strenge Einfuhrbestimmungen erlassen haben, um die Einschleppung des Kartoffelkrebses mit den Knollen zu verhindern.

In den Laboratorien der Reichsanstalt liegen auf langen Regalen die Kartoffeln. Jeden Tag bringt die Post in Beuteln und Kartons neue dazu. Sie werden katalogisiert, zerschnitten, mikroskopiert und mit Etiketten versehen. Ihre Gestalt, die Farbe der Haut, die Beschaffenheit des Fleisches, die Grösse und Gestalt der Augen, das alles spielt bei der Untersuchung eine grosse Rolle. Vor allem aber die Form und Behaarung des Lichtkeimes. Alle deutschen Sorten sind als Vergleichsmaterial vorhanden, und ebenso die wichtigsten ausländischen Sorten. Denn in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden eine Menge amerikanische und englische Sorten, z.B. die bekannte "Up to date", in Deutschland eingeführt, die vereinzelt auch heute noch angebaut werden. Neben ihnen finden wir holländische, schottische und polnische Sorten. Kurz: ein richtiges Kartoffelmuseum.

A.P.

+ + +  
Haftentlassung Hackebeils. Der in Berlin wegen Untreue festgenommene Generaldirektor Guido Hackebeil vom Hackebeil-Verlag, wurde gegen eine vom Gericht geforderte Sicherheit von 100 000 Mark aus der Haft entlassen.

+ + +  
Brolat beurlaubt. Der im Berliner Sklarekprozess als Zeuge vernommene BVG-Direktor Brolat hat unter Bezugnahme darauf, dass er nach seiner Vernehmung nicht vereidigt wurde den Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) um einstweilige Beurlaubung gebeten. Der Aufsichtsrat der BVG hat den Urlaub bewilligt.

+ + +  
Reinhardt - Martin. Max Reinhardt tritt von der Leitung des Deutschen Theaters in Berlin zurück. Seine Nachfolger sind der bisherige Leiter der Berliner Volksbühne, Karl Heinz Martin, und der Direktor des Wiener Deutschen Volkstheaters Dr. Arthur Beer. Martin und Beer haben das Deutsche Theater und die ihm angeschlossenen Kammerspiele auf acht Jahre gegen eine jährliche Pachtsumme von 150 000 Mark gepachtet.

+ + +  
Wagner in London. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage sollten in diesem Jahr die ausländischen Gastspiele in der Londoner Covent Garden-Oper ausfallen. Aufgrund vielfacher Wünsche beschloss das Syndikat der Londoner Covent Garden-Oper nun doch noch, in der Zeit vom 9. Mai bis zum 3. Juni "Deutsche Wagnerfestspiele" zu veranstalten.

+ + +  
Zum Nanga Parbad. Unter Leitung des Münchener Touristen Willi Merkel startet im April in München eine Expedition zum Hauptgipfel des wesentlichen Himalaya, dem 8 120 Meter hohen Nanga Parbad. Das Unternehmen wird in erster Linie durch eine deutsch-amerikanische Spende ermöglicht. Insgesamt werden im Laufe dieses Jahres drei Expeditionen das Himalayagebiet zu erforschen versuchen.



## Abschied von Umbreit.

---

SPD. Am Donnerstag vormittag nahmen Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei im Krematorium Baumschulenweg Abschied von Paul Umbreit. Viele, viele: seine Freunde, die Mitkämpfer, seine Schüler waren erschienen, um dem treuen Gewerkschaftsführer, dem grossen Gewerkschaftsjournalisten, dem Parteifreund und dem stets hilfsbereiten sympathischen Menschen die letzte Ehre zu erweisen. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der übrigen freigewerkschaftlichen Organisationen, die Sozialdemokratische Partei, der Reichswirtschaftsrat, die Berliner Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und die Partei- und Gewerkschaftspresse hatten ihre Vertreter entsandt. Die alten Veteranen der freien Gewerkschaften, die schon in den neunziger Jahren mit Umbreit zusammenwirkten, waren fast alle erschienen. Eine Fülle von Kränzen schmückte den Sarg.

Tiefbewegt grüsste, nachdem Musik und der Gesang vom Sohn des Volkes die schlichte Trauerfeier eingeleitet hatten, Peter Grassmann zum letzten Mal den Unvergesslichen:

"Grausam hält der Tod in unseren Reihen Ernte. Wenige Wochen sind erst dahingegangen, da wir Hermann Kube zum Grabe geleiteten. Heute trauern wir um den Freund, den Organisator, den Ratgeber, um unser Vorstandsmitglied Paul Umbreit. Seit mehr als 30 Jahren stand er dem Korrespondenzblatt der Generalkommission vor. Wird einmal die Geschichte des deutschen Volkes und vor allem die Geschichte der deutschen Arbeiter geschrieben, dann bietet seine Lebensarbeit ein Spiegelbild des Aufstiegs des Proletariats. Eiserner Fleiss und tiefgründige Tatsachenkenntnis zeichneten Paul Umbreit aus. Begeisterung für alles Gute und Schöne erfüllte ihn. Niemals aber wollte er Unmögliches. Er war Schriftsteller und Lehrer zugleich, und sein Hauptkampffeld war die Sozialpolitik, die er meisterte und beherrschte. Der körperlich kleine und unscheinbare Mann barg einen reichen Geist. Seine geistige Entwicklung ist ein glänzendes Zeugnis für die Befähigung der Arbeiterschaft, sich selbst zu befreien. Als sechstes von achtzehn Kindern entstammte er einer armen Kammacherfamilie. Er wurde Drechsler, dann Elektrotechniker. Ein Betriebsunfall - er stürzte bei einer Montage von der Leiter - warf ihn für drei Jahre aufs Krankenlager. Die Not liess ihn zur Feder greifen, und da zeigte sich, dass Umbreit zum Schriftsteller durch Anlage und Schicksal bestimmt war. Die Kanüle in der Brust, auf Kissen gestützt - so schrieb er. Tiefe Liebe zur Natur beseelte Paul Umbreit, und wie er die Natur liebte, so hatte er auch stets ein mitfühlendes Herz für die Bedrückten. Uns war er mehr als Mitarbeiter und Kampfgenosse. Er war uns auch tiefempfindender Freund, und ein köstlicher Humor erhellte in harten Tagen, wenn er im geselligen Kreis seiner reichen dichterischen Ader Spielraum geben konnte. Sein Leben ist gekennzeichnet durch einen unzerstörbaren Glauben an die Reinheit und Sieghaftigkeit der Bewegung, der er alle seine Kräfte geopfert hat. Die Lücke, die sein Tod schlug, ist nur schwer zu schliessen."

Die Abschiedsgrüsse des Reichswirtschaftsrates übermittelte dessen Mitglied Kremer. Für die Gewerkschaften Deutsch-Oesterreichs sprach Schorsch. Den Abschiedsgruss der Sozialdemokratischen Partei überbrachte Otto Wels.

"Die Partei betrauert in Umbreit nicht nur eines ihrer treuesten und besten

Mitglieder. Sie ehrt ihn auch ganz besonders als einen der grossen Pioniere der deutschen Arbeiter - Presse. An der Spitze der Gewerkschaftspresse kämpfte er mit der Waffe des geschriebenen Worts für die uns allen gemeinsame grosse Sache der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sachlich in der Polemik, lauter in seiner Gesinnung, war er Muster und Vorbild eines Arbeiterjournalisten. Ich weiss, dass ich den Redakteuren der Sozialdemokratischen Parteipresse aus dem Herzen spreche, wenn ich hier besonders auch ihrer verehrungsvollen Trauer für den dahingegangenen ausgezeichneten Kollegen und Mitkämpfer Ausdruck verleihe. Paul Umbreit wird fortleben nicht nur im Herzen jener, die ihn kannten. In der Geschichte der deutschen Arbeiterpresse gebührt ihm ein hervorragender Platz für alle Zeit. Lebe wohl, Umbreit, wir werden Dich nicht vergessen".

Die Arbeitersänger sangen "Ueber allen Wipfeln ist Ruh!". Die Trauernden erhoben sich. Der Sarg Umbreits, des treuen Kämpfers und Freundes, sank in die Tiefe.

SPD. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Reichsmanteltarifvertrages für die Gemeindearbeiter und des Manteltarifs für die kommunalen Strassenbahner sind für Mitte April festgesetzt. Beide Tarife laufen am 30. April ab. Die Arbeitgeber tragen sich mit dem Gedanken, in weitgehendem Masse den sozialen Charakter dieser Verträge abzubauen.

Die Lohntarife für die Gemeindearbeiter und Strassenbahner sind in den meisten der 25 Arbeitgeberbezirke ebenfalls zum 30. April aufgekündigt worden. Die Verhandlungen über die Lohntarife werden in den Bezirken geführt werden. Angesichts der gewaltigen Lohnkürzungen, die das Jahr 1931 den Gemeindearbeitern und Strassenbahnern bescherte, werden die Organisationen neuen, vom Reichsfinanzministerium kommenden, Abbauabsichten schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Wie aus einer Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Spitzenlöhne in 48 Städten hervorgeht, haben die Löhne der deutschen Gemeindearbeiter im Laufe des Jahres 1931 mit 22,6 % für gelernte und 21,2 % für ungelernte Arbeiter den stärksten Rückgang zu verzeichnen. Zu diesen Kürzungen treten noch die umfangreichen Lohnschmälerungen durch scharfe Verkürzungen der Arbeitszeit. Während das Durchschnittseinkommen des deutschen Vollarbeiters in diesen 48 Städten 89,5 Pf. ausmacht, beträgt der Durchschnittslohn des Gemeindehandwerkers 78,2 und der des ungelernten 65,1 Pf. Diese Lohnsätze stehen erheblich unter den Löhnen vom Dezember 1926. Die vergleichbaren Zahlen lauteten damals 83,3 bzw. 67,8.

Angesichts der Wirtschaftskrise, angesichts des Misserfolges der Preissenkungsaktion verlangen die Deutschen Gemeindearbeiter, dass von jedem Abbau sowohl in den Manteltarifverträgen wie vor allem auch in den Lohnverträgen Abstand genommen wird.

Die Gemeindearbeiter erheben als Mindestforderung Verlängerung aller bestehenden Tarife auf längere Frist eventuell durch gesetzgeberische Massnahmen der Reichsregierung.

SPD. "Was leistet das Internationale Arbeitsamt?" Diese Frage wurde kürzlich im englischen Oberhaus im Anschluss an eine Mitteilung, wonach der englische Beitrag für das Genfer Amt sich jetzt auf 54 000 Pfund Sterling beläuft, von einem Regierungsvertreter mit der lakonischen Bemerkung beantwortet, England sei moralisch verpflichtet, den Völkerbund als Friedensorganisation zu unterstützen. Dem "Stahlhelm" war das Wasser auf die Mühle.

Er meint, angesichts von 6 Millionen Arbeitslosen wäre für Deutschland die einzig richtige Sparmethode, aus der Genfer Organisation auszutreten.

Was das Internationale Arbeitsamt auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, auf dem der wissenschaftlichen Forschung und nicht zuletzt auf humanitärem Gebiet leistet, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die ganze Heuchelei des Kampfes gegen "überflüssige Kosten" wird sofort klar, wenn man darauf hinweist, dass der durchschnittliche Beitrag Deutschlands wie auch der meisten übrigen europäischen Länder für das Internationale Arbeitsamt 1 bis 2 Pfennig pro Kopf und Jahr beträgt. Demgegenüber betragen die Aufwendungen der europäischen Völker für Rüstungszwecke nach einer Berechnung des Engländers Sir Josiah Stamp 8 % der Volkseinkommen, d.h. die Völker Europas sind fast einen vollen Monat im Jahr für Rüstungsausgaben tätig. Der Unterhalt eines einzigen Panzerkreuzers kostet mehr als das ganze Internationale Arbeitsamt.

Als die vorjährige Völkerbundsversammlung den Versuch machte, den Haushaltsplan des Völkerbundes zu kürzen, wies der Vertreter der bürgerlichen schwedischen Regierung darauf hin, dass die Aufwendungen Schwedens für den Völkerbund nicht mehr betragen als die Kosten für eine Kompanie schwedischer Soldaten. Trotz aller seiner Mängel sei aber der Völkerbund für die Völker der Welt wichtiger als eine Kompanie schwedischer Soldaten.

Vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus gesehen, gilt das ganz besonders für das Internationale Arbeitsamt. Die Arbeiterschaft würde es begrüßen, wenn das Internationale Arbeitsamt durch einen höheren Etat mehr Bewegungsfreiheit bekäme. Sie hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn die notwendigen Abstriche in ausreichendem Mass bei den Rüstungsausgaben vorgenommen würden.

SPD. Mietserhöhung für minderbemittelte Mieter? So etwas wird es, wenn nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, ab 1. April geben. Für einen erheblichen Teil von Wohnungsinhabern besteht nämlich die Gefahr, dass am 1. April die anfangs des Jahres eingetretene 10prozentige Mietsermässigung zum Teil oder völlig wieder aufgehoben wird. Betroffen würden davon ausgerechnet die Wohnungsinhaber, die besonders bedürftig sind, nämlich alle die, die von der Zahlung der Hauszinssteuer befreit sind. Die Reichsregierung hat nur vorgesehen, dass die Landesregierungen bestimmen sollen, ob und wie die Auswirkungen der Steuersenkung für hilfsbedürftige Mieter unter Mitwirkung der Fürsorgeverbände auszugleichen sind. Die Landesregierungen verlassen sich anscheinend auf die Kommunen. Es wird daher höchste Zeit, dass alle verantwortlichen Stellen die Reichsregierung darauf aufmerksam machen, zum Ausgleich für die ab 1. April bei den bedürftigen Wohnungsinhabern eintretenden Härten Mittel bereitzustellen. Die bedürftigen Mieter dürfen nicht im Stich gelassen werden.

SPD. Eine Kürzung des Erholungsurlaubs, wie sie von der württembergischen Regierung bei der Reichsregierung beantragt worden sein soll, ist, wie von massgebender Stelle mitgeteilt wird, weder im Reich noch in Preussen beabsichtigt. Preussen hat in Aussicht genommen, selbst den Beamten, die durch den Verlust von Zulagen nach der ersten preussischen Sparverordnung in eine niedrigere Urlaubsklasse einzureihen wären, den bisher bewilligten Urlaub auch in diesem Jahr zu gewähren.





Der Inflationskönig.

Das Ende Jacob Michaels.

SPD. Kurz nach dem Bekanntwerden der Riesenverluste im Hirsch-Kupferkonzern, wohl dem bekanntesten Kupferkonzern Deutschlands, hat die Industrie- und Privatbank ihre Zahlungen eingestellt und sich unter das Vergleichsverfahren geflüchtet. Es handelt sich um die Hausbank des Michaelkonzerns. Während Hirsch Kupfer unserer Wirtschaft wohl noch manche Fuss zu knacken geben wird - von den Verlusten soll u.a. eine Grossbank stark betroffen sein - dürfte man bei der Industrie- und Privatbank grössere Ueberraschungen nicht mehr erleben. Die Engagements der Bank an der Berliner Börse werden auf die verhältnismässig geringe Summe von 80 000 bis 100 000 Mark geschätzt. Die Börse war auch am Donnerstag, nach Bekanntwerden der Vorgänge bei der Industrie- und Privatbank, durchaus freundlich, weil man darauf hofft, dass sich mit den am 1. April fälligen Zinszahlungen vor allem der Rentenmarkt beleben wird. Die Pleite der Industrie- und Privatbank interessiert aber deshalb, weil sie für das Schicksal des Michaelkonzerns symbolisch ist.

Der Michaelkonzern trat während der Inflation in Erscheinung. Mehr als der Konzern, der in seinem Umfange niemals dauernd und fest abgesteckt war und von dem sich der Aussenstehende kaum eine richtige Vorstellung machen konnte, interessiert der Mann, der Inhaber, Jakob Michael. Er dürfte heute noch nicht ganz 40 Jahre alt sein. In Frankfurt am Main geboren, wo er im Eisenhandel lernte, wurde er früh in die grosse Finanz verschlagen. Mag sein, dass dieser Mann eine besondere Begabung für grosse Finanztransaktionen hatte. Zumindesten war sein Ziel, derartige Finanztransaktionen in die Wege zu leiten. Damit hängen seine Bestrebungen zusammen, in grossen Finanzinstituten, wo sich die Ersparnisse von hunderttausend kleinen Leuten zu grossen Kapitalien konzentrieren, Fuss zu fassen. Die grosse Finanz lehnte den Emporkömmling ab. Nach endlosen Prozessen, nach heftigen Kämpfen, die Michael auf seine Art finanziell auszuwerten verstand, musste er aufgeben. Er soll heute in Gemeinschaft mit dem Inhaber jener Frankfurter Eisenhandelsfirma, bei der er lernte, Beer, Sondheimler & Co., wieder im Eisenhandel Fuss zu fassen versuchen. Sein Wohnsitz ist angeblich Amsterdam.

Vielleicht war es die Jugend dieses Inflationskönigs und sein rascher Aufstieg, die die Legende um Michael webten. Die Oeffentlichkeit hat von Michael vor allem das Bild, dass er es gewesen sei, der den Uebergang von der Inflation zur festen Mark sozusagen prophetisch begriff. Man malt diesen Frankfurter Eisenhändler in der Oeffentlichkeit immer so, dass er, als die Inflation zu Ende ging, seine Inflationspapiere zu jedem Preis losschlug; er habe dann Geld gehabt, als alle Welt keins hatte, und als man, besonders Ende 1923 und Anfang des Jahres 1924, für Kredite ungeheure Zinssätze zahlte, bis zu 60, 100 und mehr Prozent. Ganz so, wie die Legende das schildert, hat sich der Aufstieg Michaels nicht vollzogen. Michael war allerdings immer eine Art Prophet. So warf er sich als 18-Jähriger, vor dem Kriege, auf den damals noch jungfräulichen Radiumhandel. Dabei hat er sicherlich gut verdient. Als der Krieg kam, war er immerhin ein vermöglicher Mann. Was wird aus solch einer Natur in Krieg und Kriegszeiten? Nur Kriegsgewinner! Michael war Kriegsge-

winner eigener Art. In einer Zeit, wo Deutschland für seine Kriegsindustrie Wolfram unbedingt brauchte und die Lieferung dieses Metalls aus dem Ausland so gut wie abgeschnitten war, kaufte Michael alte Erzhalde auf und gewann aus dem Halde material Wolfram. Das war ein noch besseres Geschäft als das mit Radium. In kurzer Zeit reichte das Vermögen Michaels, um eine ganze Reihe von Industriegesellschaften zu erwerben. Er fasste Fuss in der Chemie, im Fahrzeug- und Motorenbau, in der Elektroindustrie und besonders auf dem Gebiet der Privatbahnen. Der ganze Konzern wurde in der J. Michael & Co. zusammengefasst. Hausbank wurde die Industrie- und Privatbank. Auftrieb brachte vor allem die Inflation und zwar muss Michael es verstanden haben, während der Markentwertung ein ziemlich beträchtliches Vermögen in Devisen bereit zu halten. Noch während der Inflation konnte der Michaelkonzern österreichischen Banken, die unter seine Kontrolle kamen, einen grösseren Devisenkredit zur Verfügung stellen. Ueber die österreichischen Banken, die schon mit festem Geld rechneten, scheinen auch in der Hauptsache jene sagenhaften Kredite aufgebracht worden zu sein, die Michael nach Ende der Inflation an zahlungsfähige Kunden gewährte. Selbst reichseigene Institute verschmähten es nicht, Michaelkredite zu nehmen. Das waren die Kredite, von denen die Legende um Michael zehrt.

Mit dem Zins ist dieser Inflationskönig schliesslich gross geworden. Am Zins hat er den Hals gebrochen. Im Laufe der Jahre hatte Michael, besonders in Berlin, wertvollen Grundbesitz erworben und in Häusern der Berliner City grössere Summen investiert. Zu gleicher Zeit versuchte er, in die alten Versicherungsunternehmungen einzudringen. Hier hoffte er die Kapitalmassen zu finden, die er zur Durchführung seiner grossen Finanztransaktionen nötig hatte, von denen er träumte und um die er kämpfte. Es gelang ihm, in die Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt einzudringen; er drang auch in die alte Germania Versicherungsgesellschaft - Stettin ein, weiter in die Berliner Terra A.-G.; dann, nachdem er schon früher durch die Textilkredit A.-G. so etwas wie eine Finanzierungsgesellschaft grössten Stils für Textilproduktion, Konfektion und Handel geschaffen hatte, in die Emil Köster, Deutsche Beamteneinkaufs-A.G., ein besonders rentables Unternehmen, das man immer als das beste Pferd im Stalle Michaels bezeichnete. Die Spekulationen hinsichtlich der Versicherungsunternehmungen missglückten. Michael konnte gegen die alte Finanz nirgends Fuss fassen. Schliesslich wurde er seine Versicherungsaktienpakete mit gutem Gewinn los. Aber an die grossen Kapitalreservoirs der Versicherungsgesellschaften kam er nicht ran. Er unterlag. Der Kampf hatte aber Opfer gekostet. Unternehmungen, während des Krieges und während der Inflation erworben, wurden ausgeschlachtet, verkauft. So wurden u.a. die Bahninteressen abgestossen und die Emil Köster, die der Leonhard Tietz-Konzern übernahm. Uebrig blieb der grosse Häuserbesitz in Berlin mit seinen drückenden Zinslasten. Hier zertrümmerte die Wirtschaftskrise, schon vor zwei Jahren, alle Hoffnungen. Nur um den Besitz zu halten, mussten schon vor längerer Zeit die Mieteinnahmen an die Hypothekengläubiger abgetreten werden. Das Vergleichsverfahren bei der Industrie- und Privatbank ist nur der Schlusspunkt unter der Tragödie des Inflationskönigs.

-----

SPD. Aus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wird der Abschluss von mehreren Kollektivgeschäften berichtet. In erster Linie handelt es sich um Eisenlieferungen in Höhe von rund 300 000 Tonnen an Russland. Man hofft, dass die Russen in kürzester Zeit weitere 200 000 Tonnen in Auftrag geben. Die Aufträge erstrecken sich vorzugsweise auf Eisenbahnmaterial, Baueisen und Röhren. Wenn man davon ausgeht, dass sich der Stabeisengrundpreis auf etwa 100 Mark pro Tonne stellt, machen die in Auftrag gegebenen 300 000

Tonnen etwa 30 Millionen Mark aus. Da man damit rechnen kann, dass die Reichsbahn ihre Aufträge, monatlich etwa 75 000 Tonnen, auch über den 1. April hinaus verlängert, liegen in der Eisenindustrie wichtige Anregungspunkte vor. Die neuen Russenlieferungen fallen nicht unter die Reichsgarantie, deren Mittel ausgeschöpft sind. Die Schwerindustrie hat aber die Möglichkeit, mit Hilfe von Bankkonsortien die Russenaufträge zu finanzieren.

Weiter wird gemeldet, dass das Austauschgeschäft mit Brasilien, Ruhrkohle gegen brasilianischen Kaffee, abgeschlossen ist. Danach hat die Ruhr 75 000 Tonnen Kohle gegen brasilianischen Kaffee zu liefern. Die Menge ist nicht besonders hoch und dürfte dem Ruhrbergbau keine wesentliche Entlastung bringen.

-----

SPD. Das Reichsaufsichtsamt hat neue Entscheidungen auf dem Gebiete der Bausparkassen getroffen. Bei der Bavaria - Selbsthilfe Bauspar G.m.b.H. in Augsburg hat der Senat, um die Möglichkeit für eine Sanierung zu geben, gemäss § 89 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ein Zahlungsverbot erlassen. Bei der Allgemeinen Bau- und Zwecksparkasse e.G.m.b.H. in Bremen hat das Reichsaufsichtsamt beschlossen, dass gemäss § 88 des Versicherungsaufsichtsgesetzes der Antrag auf Konkurs gestellt wird. Bei dem Baubund Fortuna e.G. m.b.H. Frankfurt/Main hat der Senat unter Androhung einer Strafe von 1 000 Mark gemäss § 81 des Versicherungsaufsichtsgesetzes entschieden, dass der Vorstand der Unternehmung das Vermögen, die Handelsbücher und die sonstigen Schriftstücke dem vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung bestellten Vermögensverwalter auszuhändigen habe und dass im Falle der Weigerung des Vorstandes die Polizeibehörde um Unterstützung zur Durchführung der vorbezeichneten Massnahmen zu ersuchen ist.

-----

SPD. Wie das englische Handelsamt mitteilt, liegen infolge der Einführung des englischen Wertzolls nicht weniger als 438 Projekte für die Errichtung von ausländischen Unternehmungen in England vor. Weiter wollen 67 englische Firmen ihre Produktion mit ausländischer Hilfe erweitern. Von den 438 Projekten stammen nicht weniger als 195 aus Deutschland.

Die Industrieflücht ist also stark im Gange. Der Zollprotektionismus zwingt die Welt zu einer weiteren Überkapazität, die sich bald rächen wird und die Wirtschaftskrise verschärfen muss.

Bei Betrachtung der englischen Zahlen muss man berücksichtigen, dass zahlreiche Bestrebungen ausländischer Firmen im Gange sind, in Deutschland Fabriken zu errichten.

-----

SPD. Die zum Konzern des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) gehörende Roddergrube verteilt aus einem Betriebsüberschuss von fast 14 Millionen Mark (im Vorjahr 15,81 Millionen Mark) eine Dividende von 24 Prozent. Sie zahlte im Vorjahr 30 Prozent. Zwischen dem RWE und der Roddergrube besteht ein alter Vertrag, wonach die Roddergrube immer die dreifache Dividende des RWE zahlen muss. Da das RWE diesesmal nur 5 Prozent zahlte, hätte die Roddergrube nur 15 Prozent zahlen brauchen. Die Rentabilitätsverhältnisse bei der Roddergrube liegen aber so gut, dass sie 24 Prozent zahlt.

Letzte Börse vor Ostern.

(Berliner Getreidebörse vom 24. März)

SPD. Die Berliner Produktenbörse war am Donnerstag die letzte vor den Feiertagen. Es kamen nur wenig Umsätze zustande, Die grundsätzliche Stimmung hat sich kaum geändert. Am Promptmarkt bleiben Weizen nur knapp angeboten und konnte, da reguläre Nachfrage der Mühlen herrschte, seinen Preisstand wieder um drei Mark befestigen. Roggen war, obgleich Inlandsware nur knapp angeboten war, ruhiger veranlagt, da weiter genügend russisches Material zur Verfügung stand. Hier blieben die Kurse unverändert. Das gleiche gilt vom Roggen am Markt der Zeitgeschäfte, während Weizen auch hier 1 bis 1½ Mark gewinnen konnte. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung mehr. Die Forderungen der Mühlen waren unverändert; aber es kamen nur wenig Umsätze zustande. Hafer hatte gute Tendenz, wenn gleich hier die erhöhten Forderungen der Eigner nur schwer durchzuholen waren. Gerste hatte ruhiges Bedarfsgeschäft. Die nächste Börse findet am Dienstag nach den Feiertagen statt.

	23. März	24. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	248 = 250	251 = 253
Roggen	194 = 196	194 = 196
Braugerste	183 = 190	183 = 190
Futter- und Industrierogerste	170 = 179	170 = 179
Hafer	157 = 164	158 = 165
Weizenmehl	30,75 = 34,40	31,00 = 34,50
Roggenmehl	26,75 = 27,90	26,75 = 27,90
Weizenkleie	10,80 = 11,10	10,80 = 11,10
Roggenkleie	10,40 = 10,70	10,40 = 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März =, Mai 267-267½, Juli 272½, September 232½ Brief. Roggen März 199½, Mai =, Juli =, September 189 bis 188. Hafer März =, Mai 176, Juli 179½, September =.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 24. März: Weisse Kartoffeln 1,70 bis 1,90, rote 1,90 bis 2,10, Odenwälder Blaue 2,20 bis 2,40, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,70 bis 2,90, Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 9 bis 9,75 Pfg.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 24. März. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 119, abfallende Sorten 109 Rm. Tendenz: stetig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 24

Berlin, den 24. März 1932

Ist Ihr Kind schüchtern?<sup>x</sup>

SPD. Wenn Eltern die Fehler ihrer Kinder aufzählen - und heute, wo pädagogische Umfragen und Diskussionen in Elternvereinigungen an der Tagesordnung sind, ergibt sich sehr häufig Gelegenheit dazu -, werden vor allem Starrköpfigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unverträglichkeit und Unordentlichkeit genannt. Die Schüchternheit wird nur selten angeführt. Die Gründe hierfür liegen nicht fern. Das schüchterne Kind mag sich wohl selbst zur Last fallen, besonders, wenn es unter fremde Kinder kommt, aber diese seine Eigenschaft veranlasst die Mutter nie zu einem Zornesausbruch und macht den Vater nicht "nervös". In der Schule bedeutet das schüchterne Kind für den überlasteten Lehrer sogar zumeist eine gewisse Erleichterung, da ihm die Kinder, die stets die Aufmerksamkeit auf sich gerichtet wissen wollen, und die allzu lebhaften Kinder genug zu schaffen machen. Erst wenn die Eltern gewahr werden, dass Mary, die weit über den Durchschnitt intelligent ist, in Gegenwart Fremder einen jämmerlichen Eindruck macht und beim Sprechen stottert und stammelt, oder dass Fritz, der ein so lebhaftes Baby war, zu scheu und furchtsam ist, um gleichaltrige Freunde zu erwerben, dann beginnen sie sich mit der Schüchternheit ihres Kindes zu beschäftigen. Auf welche Weise können und sollen nun Eltern ihren Kindern helfen, ihre Schüchternheit zu überwinden, die einmal ein bedeutsames Hemmnis für ihren Lebensweg werden könnte?

Bevor die psychologischen Grundlagen der Schüchternheit erforscht werden können, muss die Frage nach der physischen Gesundheit des Kindes gestellt werden. Störungen im Entwicklungsprozess des Kindes, die nicht gerade als Krankheiten anzusehen sind, haben schon oft die Grundlage zur Schüchternheit gelegt. Aber ebenso halten überbesorgte Eltern, die etwa aus geringfügigen Verletzungen, die sich das Kind beim Spielen zugezogen hat, gleich eine Staatsaffäre machen, ihr Kind von dem wichtigen charakterbildenden Element des Sports und des Spiels fern. Es ist unvermeidlich, dass Schüchternheit und Zurückgezogenheit in einem Kinde als Begleiterscheinung auch ein mürrisches und trotziges Wesen aufkeimen lassen. Das schüchterne Kind, das sich, von seinen Spielkameraden abgeschlossen, Tagträumereien hingibt, wird sich in unvernünftiger Weise argwöhnisch sowohl Erwachsenen als auch Kindern gegenüber zeigen. Es entsteht der Typus des Kindes, das beim wichtigsten Anlass zu weinen beginnt, das immer gekränkt ist und sich ungerecht behandelt fühlt. Einem solchen Kinde zu sagen: "Sei nicht so griesgrämig und spiel lieber mit den andern Kindern!", wäre genau so, als wenn man einem Kinde, das rhachitisch verkrümmte Beine hat, oder dessen Schultern wegen der geringen Muskelausbildung gerundet sind, sagen würde: "Du musst dich gerade halten!" Von der Zeit des Kindergartens angefangen, muss dem scheuen und sensitiven Kinde eine Möglichkeit zur Betätigung seiner überentwickelten Phantasie gewährt werden. Die moderne Pädagogik hat durch den Nachdruck, den sie auf plastische Arbeiten aufzeichnen und Theater spielen legt, dazu beigetragen, das schüchterne und zurückgezogene Kind zu sich selbst finden zu lassen. Die Eltern des eine öffentliche Schule besuchenden schüchternen Kindes müssten diese Anregung der modernen Schule noch zu Hause zu verstärken trachten. Sie sollten das Kind veranlassen, zu Hause Geschichten zu erzählen, laut vorzulesen, und es zum Basteln anregen.

Stackenpferde und Lieblingsbeschäftigungen, obwohl sie auf den ersten Blick die Neigung des Kindes, sich abzuschliessen, zu fördern scheinen, erweisen sich oft als ein nützliches Mittel, das Kind in eine Gemeinschaft von Freunden einzugliedern. Ansichtskarten- und Photographieen-Albums und botanische Sammlungen helfen oft dem Kinde, den grossen Abgrund, der zwischen seiner Welt und der der Erwachsenen klafft, zu überbrücken. Darüber hinaus muss das schüchterne Kind von seinen Eltern immer wieder ermutigt werden. Das Lob darf allerdings nicht übertrieben und vor allem nicht mit Mitleid verwechselt werden. Aus Geschichten und Vorfällen des Alltags kann einem solchen Kinde gezeigt werden, dass die Furcht ein natürliches menschliches Gefühl ist, und dass nicht der furchtlos Geborene Erfolg hat, sondern derjenige, der gelernt hat, diese uns allen innewohnende Schwäche zu überwinden. Selbstverständlich wird keine vernünftige Mutter die Aufmerksamkeit Fremder auf die Schüchternheit ihres Kindes lenken. "Hat dir die Katze die Zunge abgebissen, Fritz?" ist eine immer wiederkehrende Salongrausamkeit. Das Kind, das behilflich sein darf, wenn Gäste da sind, wird leicht seine Schüchternheit infolge des Stolzes über seine "Erwachsenenbetätigung" vergessen.

Ein zweites Verbot für Eltern schüchterner Kinder lautet: Kleide niemals das Kind so, dass es gegenüber andern Kindern auffällt! Ein amerikanischer Schuljunge, der mit seinen Eltern zwei Jahre in Europa verbracht hatte und dann in die Schule seiner amerikanischen Vaterstadt in kurzen Hosen und in einer Sportjacke ging, musste es bitter büssen, dass seine Eltern das erwähnte Verbot nicht beachteteten.

Das dritte Verbot für die Eltern oder den Lehrer eines schüchternen Kindes muss lauten: Versuche niemals, das Kind von seiner Schüchternheit dadurch zu befreien, dass du es lächerlich machst oder beschämst! Es ist eine pädagogische Grausamkeit, ein des Selbstvertrauens ermangelndes Kind mit Sarkasmus oder Ironie zu behandeln.

Aus dem Vorausgegangenen kann man ersehen, dass die moderne Psychologie den Eltern fast immer die Grundlagen aufzeigen kann, auf denen Schüchternheit und Verschlossenheit der Kinder beruhen. Es besteht nur wenig Hoffnung, dass das schüchterne Kind, sich selbst überlassen, diese seine Charaktereigenschaften überwinden wird. Andererseits zeigt die moderne Psychologie deutlich, dass die neurotischen Symptome und Neurosen von Erwachsenen oft durch Furchtgefühle in der Kindheit verursacht worden sind. Es gibt keine Zauberkunststücke und keine Tricks, durch die man die Schüchternheit von Kindern beheben kann. Geduld, Verständnis und Nutzbarmachung der Hilfsmittel einer modernen psychologisch vertieften Pädagogik sind die einzigen Methoden, die Schüchternheit durch Eigenschaften zu ersetzen, die sich dereinst beim Erwachsenen als wertvoll erweisen werden.

Ruth Sapin, Leiterin der New Yorker Elternberatungsstelle.

-----  
Klatsch bei Gross und Klein.<sup>x</sup>  
-----

SPD. "Der Fritz hat wieder einmal Haue bekommen", begrüsst Gretchen die zu Besuch kommende Tante an der Korridor-tür.

"Guten Tag, Gretchen! Wo ist denn Mutti?"

"In der Küche. Sie wäscht Fritzens Sonntagshose. Er hat in der Gosse gepantscht; das soll er doch nicht; da ist er hineingeplumpst. Wie die Hose da ausgesehen hat, kannst Du Dir ja denken. Vater hat ihn gehörig verbläut. Wie der geschrie-e-n hat..."

"Ist Lies-chen schon aus der Schule zurück?" unterbricht die Tante den sensationellen Redestrom der Vierjährigen. Gretchen betrachtet prüfend das

Gesicht der Tante. Dessen Ausdruck und die gelassene Frage, mit der die Tante die aufregende Neuigkeit übergeht, befriedigen Gretchen wenig. "Weisst Du das denn nicht?" gibt sie zurück. "Die kommz doch immer erst um ein Uhr heim. Die hat auch was Schönes angerichtet. Mutters neue Handschuhe hat sie mit Tinte bekleckst, und faul ist sie, und schlechte Noten bringt sie nach Hause, weisst Du..." Gretchen wird immer eifriger, ihr Ton immer eindringlicher. Sie macht alle Anstrengungen, die Tante zu ehrlicher Empörung über die Fehlerbarkeit der älteren Geschwister herauszufordern. Zu Ihrer Enttäuschung will der erwartete Effekt sich nicht einstellen. Tante Inas Blick bleibt gleichmütig. Sie offenbart mehr Interesse für das Ablegen ihrer Garderobe als für Gretchens brühwarmen Familienklatsch. Doch Gretchen kann dem Drange, über die älteren Geschwister zu triumphieren, nicht widerstehen - so versucht sie es noch einmal: "Und, weisst Du, der Fritz hat die Liese bei den Haaren gerissen, die Liese aber..." Da bleibt die Tante auf dem Wege nach der Küche vor Gretchen stehen, deren Blick sie nicht losgelassen hat. Gross und ruhig schaut sie das Kind an und sagt: "Hör mal, ich kenne ein kleines Mädchen, das will Nachts nicht in seinem Bettchen schlafen, und schreit durchs ganze Haus. Kennst Du das kleine Mädchen vielleicht?"

Statt aller Antwort lässt Gretchen blitzschnell Tante Inas Hand los, ist mit einem Sprunge in der Spielecke und macht sich eifrig zu schaffen. Sie hat begriffen.

"Guten Tag, Ina", begrüsst die Mutter die Eintretende. "Du kommst gerade recht. Weisst Du schon das Neueste? Dem Frokuristen unten ist seine Freundin untreu geworden. Weisst Du, die Lange, mit der wir ihn letztens am Arm getroffen haben; ich zeigte sie Dir doch. Um sie zu ärgern, geht er nun mit der Dicken von drüben. Weil aber die Lange mit der Dicken befreundet war, hat es zwischen den Beiden einen Auftritt gegeben. Da scheint was Besonderes los zu sein. Was es ist, das weiss ich noch nicht, aber ich will Matz heissen, wenn ich es nicht herausbekomme."

"Woher hast Du denn Deine welterschütternden Neuigkeiten? Du bist, wie ich sehe, heute noch nicht von Hause weg gewesen, und gestern Abend waren wir erst beisammen; da schienst Du noch nichts von all den schönen Dingen zu wissen."

"Ha, das ist doch nicht schwer zu erfahren. Wozu gibt es denn das Telefon? Die Mieke von Gärtners hat mich vor 10 Minuten angeläutet. Sie hat es von den Müllers; denen haben es die Segulzes erzählt; die haben durch die Wand den ganzen Wortwechsel mit angehört. Die Wände sind dünn gebaut in dem Hause; da hören die Nachbarn deutlich genug, wenn die ihre Stimme erheben."

"Na ja, im zwanzigsten Jahrhundert dringt der Klatsch durch die Wände. Er fliegt wohl auch durch die Luft. Wir haben es ja so herrlich weit gebracht in der Technik. Sollte mich nicht wundern, wenn nächstens nicht nur der lautere und leisere Wortwechsel der lieben Nachbarn, sondern auch die gedachten und noch ungedachten Gedanken der nächsten, näheren und ferneren Mitmenschen auf technischem Wege zum müssigen Zeitvertreib leerer, sensationslüsterner Hirne und zum Ausbeuteobjekt geschwätziger Nutzniesser werden."

Frau Weber lachte. "Es wäre schon ganz fein. Man hätte jederzeit seine kostenlose Unterhaltung. Wenn man so belauschen könnte, was jeder denkt - ein schönes Sündenregister würde da herauskommen".

"Es mag ja sein, dass es sich lustig leben lässt von den Sünden seiner Mitmenschen, umso mehr, als es ein wohlfeiles Mittel wäre, vor sich selbst im Werte zu steigen. Der Splitter im fremden Auge ist von jeher sichtbarer als der Balken im eigenen. Wenn die Sünden der Anderen recht dick aufgetragen werden, dann werden die eigenen dahinter verschwindend klein. Ich für mein Teil finde allerdings den Klatsch hässlich und gemein. Ich habe nichts dafür übrig."

"Ach Du! Du nimmst alles gleich so ernst. Ein bisschen Klatsch schadet doch niemandem."

"Mutter", stürzt Liese herein, die Schulmappe in der Hand, "die Gertrud Müller erzählte in der Schule, unser Vater drücke sich von der Steuer, aber zum Putzaus hätten wir genug, und Du hättest ja auch erst vorigen Sonntag ein neues Kleid angehabt."

"Diese Frechheit! Was erlaubt sich das Mädchel! So'n Klatsch! Den hat sie ja nur von Zuhause. Das will ich der Frau Müller noch eintränken. Was sagst Du nur dazu, Ina?"

"Ich dünkte, ein wenig Klatsch schadet niemandem."

"Na, ich danke! Klatsch und Klatsch ist ein Unterschied."

"Ja, schon - der von Klatschen und Beklatschtwerden. Es scheint aber einen Kreislauf zu geben in der allgemeinen Sensationsgier, nach dem jeder mal drankommt. Es ist keiner so sicher, wie er sich selbst gern vorspiegeln möchte."

"Und neugierig ist die Gertrud", setzt Liese wieder ein. "Mit einem Male fragt sie mich, ob Herr Meyer oft zu uns kommt."

Frau Weber stutzt einen Augenblick. Dann sagt sie zu Liesel: "Das sag ich Dir, wenn Du mir noch ein Wort mit der Gertrud sprichst... Da hört ja alles auf."

Wieder geht die Küchentür auf. "Guten Tag, Mutter, guten Tag, Tante Ina!" Und Fritz stellt sich breitbeinig vor die Tante hin und sieht ihr gespannt ins Gesicht. Dann schnellt es hervor wie aus einer Kanone abgeschossen: "Du, Tante Ina, es ist Zeit, dass Du heiratest, sonst versäumst Du den Anschluss." Er ist sehr zufrieden mit seiner Leistung. Tante Ina steht einen Augenblick verdutzt da. Dann legt sie liebevoll ihren Arm um den kleinen Jungen und sagt ernst, aber ruhig: "Davon verstehst Du nichts, mein Jungchen, Du musst nicht alles nachsprechen, was die Grossen vor Dir reden". Darauf siehst sie ebenso ernst die Mutter an. Die wird rot bis unter die Haarwurzeln.

Klein-Gretchen hat die Spielecke satt. Sie muss mal nachsehen, was die Andern in der Küche treiben. Ah, da ist ja der Fritz. Gretchen fällt die Angelegenheit mit der Gosse und den Schlägen wieder ein. Eifersüchtig ist sie auch: Tante Ina hat den Arm um Fritz geschlungen. "Tante Ina", fängt sie wieder an, "der Fritz..."

Tante Ina merkt schon, was nun kommen soll. Sie kneift leicht ein Auge ein und sieht Gretchen an. Da wird Gretchens Stimme unsicher. Sie bricht mitten im Satze ab: sie erinnert sich.

Sascha Rosenthal.

-----  
Eine Goethe-Erinnerung.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Neulich wurde zum Gedenken Goethes seit langer Zeit wieder einmal "Egmont" gegeben, und mir kam dabei folgende Erinnerung:

Als ich zwölf Jahre alt war, sah ich beim Nachhausekommen meine Mutter in Tränen. Da es noch nie geschehen war, dass sie weinte, erschrak ich sehr und fragte sie, selbst dem Weinen nahe, wer ihr etwas getan habe. Sie lächelte bitter, streichelte mich flüchtig und wandte sich ab. Ich dachte: kann sie mir es nicht sagen, so ist es meine Pflicht, sie zu trösten. Während der folgenden Zeit überlegte ich, wie es in meiner Macht stände, sie ihres Kummers zu entheben. Als sie weggehen wollte, bot ich mich sofort an, sie zu begleiten. Die Mutter wollte es nicht. Sie sagte, sie müsse zu einer Bekannten gehen und mit ihr reden. Doch ich liess mich nicht abweisen und ging mit.

Eine Zeitlang gingen wir schweigend nebeneinander her. Ich fühlte, dass sie an ihren Gram dachte, und vermutete, dass wir wieder einmal ohne Geld waren. Schliesslich fragte ich sie, ob ich ihr etwas erzählen dürfe. Ja, nickte.



sie, und war ganz zerstreut. Ich hatte etwas im Gedächtnis, was ich die Tage vorher mit höchster Erregung gelesen hatte, nämlich Goethes "Egmont". Und nun erzählte ich ihr den Inhalt dieses Schauspiels, liess mich von neuem erschüttern und hinreissen, schilderte Clärchen und ihre Mutter, schilderte den Einzug der Besatzungstruppen des Herzogs von Alba, dieses finsternen Marschalls das Leben der armen Leute in Brüssel, den Verrat an Egmont, dessen Seele von der Liebe zum Volke heiss geworden war... Und dann ging die Mutter zur Bekannten hinauf, mutiger, wie mir schien, und ohne Tränen.

Bald darauf kam die Mutter wieder die Treppe hinunter, langsam, zerbrochen kräftlos und weinend. Also hatte sie doch Geld borgen wollen und keins erhalten. Nun musste ich sie aber erst recht trösten! Ich hatte die Stelle noch genau im Kopfe, an der ich mit meiner Erzählung geendet hatte. Jetzt fuhr ich leidenschaftlich bewegt fort und schilderte den Abschied Egmonts von seinem Freunde Ferdinand im Kerker.

So geschah es, dass wir zu Hause ankamen und ich, fest an meine Mutter gelehnt, den Schluss der grossen Tragödie vortrug, längst nicht mehr wissend, was mich bewogen hatte, damit zu beginnen. "Schreitet durch, braves Volk!" reziitierte ich mit Leidenschaft, "die Siegesgöttin führt euch an! Und wie das Meer durch seine Dämme bricht, so bricht, so reisst den Wall der Tyrannei zusammen!"

Meine Mutter hatte wieder Tränen in den Augen, doch es waren andere. Ich fühlte es wohl und fuhr begeistert fort: "Es blinken Schwerter! Freunde, höhern Mut! Im Rücken habt ihr Eltern, Mütter, Kinder! - Schützt eure Güter! Und euer Liebstes zu retten, fallt freudig, wie ich euch ein Beispiel gebe!!"

Weiter wäre es nun nicht mehr gegangen, denn die Tränen strömten mir über das Gesicht. Ich barg mich glühend an der Mutter, die ihre Tränen vergessen hatte und zuversichtlicher in den Tag blickte. Da durchzog mich zum erstenmale das Gefühl eines noch undurchsichtigen und geheimnisvollen Glücks.  
Marim.

-----  
X

Nachhilfestunden.  
-----

SPD. Claus ist voriges Jahr in Untertertia sitzen geblieben. Als sich vor Weihnachten die Anzeichen für eine Wiederholung dieser Katastrophe häuften, wurde im Familienrat beschlossen, dass er dreimal wöchentlich bei mir arbeiten sollte. Er erscheint pünktlich um 3 Uhr, und wir betätigen uns bis 6. Eingeleitet wird diese Aktion meistens durch eine Tasse Kaffee und beschlossen mit einer Zigarette, die Claus aber nicht bei mir, sondern auf der Strasse raucht, weil das männlicher ist. In der Zwischenzeit stehen Deutsch, Englisch, Französisch auf dem Programm. Bei Mathematik habe ich gestreikt. Dass ich in meinem Reifezeugnis in Mathematik "genügend" hatte, ist für mich heute noch ein ungeklärtes Wunder, in dessen Tiefen man lieber nicht hineinleuchtet.

Wenn man nicht von Beruf oder Natur unterrichten kann, ist es garnicht so leicht, einem Vierzehnjährigen auch nur ganz einfache Dinge plausibel zu machen. Z.B. im Deutschen. Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich von Grammatik und Interpunktionsregeln nur sehr unzureichende Vorstellungen habe. Ihre Anwendung habe ich von klein auf sozusagen "im Gefühl". Claus hat sie leider weder im Gefühl noch im Kopfe. Das letzte Mal erschien er bei mir mit einem Gesichte, das mich mit dunklen Ahnungen erfüllte. "Was ist denn los, Claus?"

"Ach - wir haben Deutsch zurückgekriegt."

"Na und? Was denn überhaupt? Aufsatz?"

"Nein, Diktat".

"Hast Du etwa eine 4?"

"Nunnein".

"Was denn?"

"Eine 5."

Ich sinke schweigend auf einen Stuhl. Wir sehen uns erschüttert an.

"Claus! O Gott, Claus! Wie kommt denn das? Gib mal das Heft her!"

"Also, Tante Annie, ich kann wirklich nichts dafür. Es war mit Interpunktion. Immerzu direkte Rede. Und dann konnte ich es nicht mehr durchlesen. Da habe ich alle Zeichen weggelassen."

"Das sehe ich. Aber, Junge, man setzt die Zeichen doch gleich, wenn man schreibt. Man hört doch, wenn etwas direkte Rede ist".

"Ich nicht".

"O, Claus! Und Du willst mein Neffe sein? Du bist der Deckel zu meiner Urne."

"Dein Jüngster schreibt auch ganz falsch."

"Der ist auch erst 8 Jahre alt. Ausserdem hat er die Orthographie nicht von mir."

"Aber die Schrift".

"Ja, leider. Das gehört aber nicht hierher. Warum machst Du eigentlich einen Doppelpunkt hinter der direkten Rede?"

"Da steht doch nachher: sagte er."

"Aber, Claus! Der Doppelpunkt leitet die Rede ein! Nachher hat er ja gar keinen Sinn mehr. Also jetzt werde ich Dir die ganze Sache nochmal diktieren. Und dann sprechen wir alles genau durch. Was willst Du bloß werden, Claus, wenn Du wieder sitzen bleibst?"

"Koch".

"Dazu musst Du auch Deutsch können. Und natürlich Englisch und Französisch. Denke mal, wenn Du Küchenchef in einem grossen Hotel bist oder auf einem Ozeandampfer! Sonst blamierst Du Dich furchtbar."

"Dann halte ich mir einen Dolmetscher."

"Aber auch für Deutsch, Claus, ja? Weisst Du, damit er Deine Kochrezepte ins Reine schreibt. Nun los, jetzt kommt der Ernst des Lebens. Erst das Diktat. Strenge Deinen Kopf etwas an; das musst Du als Koch auch; sonst nimmst Du Salz statt Zucker und wirst fristlos entlassen."

Nachdem das Pensum mit Ach und Krach erledigt ist, macht Claus sich zum Gehen fertig. Er schießt nach der Zigarettenschachtel.

"Heute hast Du eigentlich keine verdient; meinst Du nicht auch, Claus?"

"Ich weiss nicht, Tantchen". Dabei sieht er mich mit seinen dunklen Augen strahlend an.

"Also nimm schon eine! Alle Professoren für angewandte Pädagogik mögen es mir verzeihen. Weisst Du jetzt wenigstens, warum der Doppelpunkt vor der direkten Rede stehen muss?"

"Natürlich, Tante Annie."

"Na - ich bin gespannt auf das nächste Diktat. Uebersetze morgen gut Französisch und komme übermorgen pünktlich!"

"Sicher, Tante Annie. Ich komme ja so gern!"

Annie Höckner.

SPD. Wo keine Freiheit ist, da kann keine Freundschaft sein.

Englisches Sprichwort.

SPD. Gegen die Not gibt es keinen Zaun.

Englisches Sprichwort.